NRW-Regierung sieht Reformwillen bei Moscheeverband Ditib

5. Oktober 2017

Düsseldorf (KNA) Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht offenbar Anzeichen für eine Entspannung ihrer Konflikte mit dem deutsch-türkischen Moschee-Verband Ditib.

„Wir befinden uns in einem intensiven Gesprächsdialog, wie wir mit Ditib einen Weg von Ankara weg hin zu einer klaren Orientierung nach Deutschland hinbekommen“, sagte Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) am Mittwoch in Düsseldorf. Dabei habe die Landesregierung der Organisation ihre Unterstützung zugesagt. In der jüngeren Vergangenheit habe es „rustikale Auseinandersetzungen“ mit der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib) gegeben.

Bereits die rot-grüne Vorgängerregierung hatte dem strukturell und finanziell vom türkischen Staat unterstützten Moscheeverband wiederholt mit der Aufkündigung der Kooperation gedroht. Zuvor war bekannt geworden war, dass von der Ditib eingesetzte Imame in deutschen Moscheen türkische Regimegegner bespitzelt hatten. Das Innenministerium hatte die Zusammenarbeit mit der Ditib in der Salafismus-Prävention beendet, weil der Verband einen Kinder-Comic mit der Verherrlichung des „Märtyrertodes“ verbreitet hatte.

In der Gefängnisseelsorge wurde vom NRW-Justizministerium für alle Imame eine Sicherheitsüberprüfung durch den Verfassungsschutz angeordnet. Zudem wurde die Kooperation beim muslimischen Bekenntnisunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen infrage gestellt. Die Ditib sei „kein monolithischer Block“, betonte Stamp. Dort gebe es „ganz unterschiedliche Leute mit ganz unterschiedlichen Einstellungen“. Sein Eindruck sei, dass die Ditib eine ganze Reihe sehr reformorientierter Funktionäre habe, die einen in Deutschland beheimateten Islam verkörpern wollten und eine Loslösung von Ankara anstrebten. „Dass dies gerade bei der derzeitigen politischen Konstellation in der Türkei nicht von heute auf morgen geht, ist klar“, sagte Stamp.

(KNA – rlkko-89-00116)

Stand: 13. November 2026